2. Festsetzung der Grundsätze zur kommunalen Gebührenerhebung

Die Gemeindeversammlung, gestützt auf einen Antrag des Gemeinderates und im Sinne von Art. 12 Abs. 1 der Gemeindeordnung vom 1. März 2006,

b e s c h l i e s s t :

Die Grundsätze zur kommunalen Gebührenerhebung der Gemeinde Oberengstringen werden gemäss Beschluss des Gemeinderates vom 02. Oktober 2017 bzw. entsprechend dem im Anhang zu dieser Weisung aufgeführten Text genehmigt.

W e i s u n g

Referent: André Bender, Gemeindepräsident

Ausgangslage

Gestützt und ergänzend zur Kantonalen Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden vom 8. Dezember 1966 hat der Gemeinderat Oberengstringen diverse Gebührenansätze einzelfallweise erlassen und jeweils im amtlichen Publikationsorgan veröffentlicht. Die kommunalen Gebührenregelungen sollen nun der aktuellen Rechtsprechung angepasst und 2018 in ein einheitliches Tarif- und Vollzugsreglement überführt werden.

Bei der Festlegung einer kommunalen Tarif- und Vollzugsverordnung für die Gemeinde Oberengstringen müssen verschiedene gesetzliche Grundlagen und Entscheide der Rechtsprechung berücksichtigt werden:

- Die Verfassung des Kantons Zürich verlangt, dass alle wichtigen Rechtssätze in Form eines Gesetzes zu erlassen sind. Dies gilt auch für Gemeinden.
- Die Kantonsverfassung verlangt zudem, dass die Legislative (auf Gemeindeebene die Gemeindeversammlung) Grundsätze für die Erhebung von Abgaben festlegt.
- Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Inkraftsetzung des revidierten zürcherischen Gemeindegesetzes per 1. Januar 2018 wird die Kantonale Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden vom 8. Dezember 1966 aufgehoben. Dies nicht zuletzt als Folge der Rechtsprechung durch das Kantonale Verwaltungsgericht und das Schweizerische Bundesgericht, welche wiederholt § 63 des jetzt noch gültigen Gemeindegesetzes als ungenügende Grundlage zum Erlass einer gesetzvertretenden Grundlage in Form der Verordnung über die

- Gebühren der Gemeindebehörden qualifiziert hat.
- Abschliessend wird auf Art. 12 Abs. 1 fünftes Alinea der Gemeindeordnung der Gemeinde Oberengstringen verwiesen. Diese Bestimmung besagt entsprechend der Vorgabe der Kantonsverfassung, dass die Gemeindeversammlung zuständig ist für den Erlass von Verordnungen von wesentlicher allgemeiner Bedeutung einschliesslich der Grundsätze für die Gebührenerhebung.

Festsetzung der Grundsätze zur Gebührenerhebung

Detaillierte Grundsätze zur Gebührenerhebung, wie in Art. 12 der Gemeindeordnung genannt, hat die Gemeindeversammlung im eigentlichen Sinn noch nie erlassen. Es bestand bislang auch kein Anlass dazu, weil die Stimmberechtigten die verschiedenen bereits bestehenden kommunalen Erlasse (Wasserreglement, Siedlungsentwässerungsverordnung, Abfallverordnung) einzelfallweise festgelegt und der Gemeinderat hinsichtlich der Gebührenerhebung in diesen Bereichen lediglich Ergänzungen auf der Grundlage dieser legislativen Erlasse festgesetzt hat. Bezüglich der Grundsätze bei der Gebührenerhebung in den weiteren Zuständigkeitsbereichen der Gemeinde (Bauwesen, Einwohnerkontrolle, Verwaltungsverfahren usw.) bezieht sich der Gemeinderat bis anhin immer noch auf die noch geltenden Regelungen der Kantonalen Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden, welche jedoch wie vorstehend besagt demnächst aufgehoben werden. In diesem Sinne ist nun der Zeitpunkt gekommen, entsprechende kommunalspezifische Grundsätze zu erlassen, welche von den Stimmberechtigten ratifiziert werden müssen. Nur damit lässt sich nachträglich das vom Gemeinderat angestrebte einheitliche Tarif- und Vollzugsreglement erstellen, welches letztlich eine transparente Basis bildet bei der amtlichen Gebührenerhebung.

Schlussbemerkung

Der Gemeindepräsident empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Vorlage zu genehmigen.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung der Festsetzung der Grundsätze zur kommunalen Gebührenerhebung zuzustimmen.

Oberengstringen, 02. Oktober 2017